

Zur Bundestagswahl  
am 24. September 2017

info  
Berliner ENERGIETAGE  
Energiewende in Deutschland

# Wahlprüfsteine Energiewende in Deutschland



12 Fragen zur Energie- und Klimapolitik

## Vorwort

Die **Energiewende** zählt zu den zentralen Gestaltungsfeldern zukunftsgerichteter Politik in Deutschland. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 hat das Team der *Berliner ENERGIETAGE* und der *Energie- und Umwelt-Managementberatung EUMB Pöschk* die Parteien um ihre Positionen zu zwölf Fragen der Energie- und Klimapolitik gebeten. Zur Erleichterung der Vergleich- und Nachvollziehbarkeit sind die Fragen in drei Themengebiete gegliedert (**Klima und Klimafolgenabschätzung**, **Energie und Energiepolitik** sowie **Gebäude und Qualifikation**). Es wurden alle Parteien, die laut aktuellen Wahlumfragen eine realistische Aussicht auf den Einzug in den 19. Bundestag haben, angefragt.

Enthalten sind die Antworten der CDU/CSU sowie der SPD als Mitglieder der derzeitigen Regierungskoalition, sowie die Antworten von DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen als Oppositionsparteien. Zudem die Antworten der FDP als Kandidatin für einen möglichen Wiedereinzug ins Parlament. Die AfD war trotz mehrfacher Nachfrage zu keiner Stellungnahme bereit.

Sie finden die vollständigen Antworten der Wahlprüfsteine auch online unter [wahl2017.energieta.de](http://wahl2017.energieta.de). Dort sind zudem Antworten zu ausgewählten Kernbereichen der Energiewende in Kurzform zusammengefasst.

**Am 24. September wählen gehen!**

Mit besten Grüßen

Jürgen Pöschk,  
Robert Volkhausen,  
Michael Scheuermann

Die eingereichten Antworten werden unverändert und im Volltext dargestellt, lediglich kleinere orthographische Korrekturen wurden vorgenommen. Redaktionsschluss war der 04.09.2017. Veröffentlichung der Wahlprüfsteine am 13. September 2017.

## Vertretene Parteien

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)  
Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)

*Thomas Bareiß MdB, Energiebeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*

[www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)



Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

*SPD-Bundespartei*

[www.spd.de](http://www.spd.de)



DIE LINKE.

*Eva Bulling-Schröter MdB,*

*energie- und klimapolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag*

[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)



Bündnis 90/Die Grünen

*Dr. Julia Verlinden MdB,*

*Sprecherin für Energiepolitik Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen*

[www.gruene.de](http://www.gruene.de)



Freie Demokratische Partei (FDP)

*Nicola Beer MdL,*

*Staatsministerin a.D., Generalsekretärin Freie Demokratische Partei (FDP)*

[www.fdp.de](http://www.fdp.de)



Die Alternative für Deutschland (AfD) war trotz mehrfacher Nachfrage zu keiner Stellungnahme bereit.

## 12 Fragen zur Energie- und Klimapolitik

### Klima und Klimafolgenabschätzung

1. Wie soll das Ziel „Klimaneutralität 2050“ Ihrer Meinung nach politisch verbindlich verankert werden? **5**
2. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Akzeptanz dieses Ziels in der Bevölkerung zu erhöhen? **7**
3. Ihre vordringlichsten Maßnahmen, um die für 2020 gesetzten Zwischenziele für den Klimaschutz zu erreichen, sind ...? **9**
4. Welchen Stellenwert hat der Bereich Klimafolgenanpassung und welche sind Ihre vordringlichsten Maßnahmen? **11**

### Energie und Energiepolitik

5. „Alles mit grünem Strom“ vs. „Efficiency First“: Ihre strategischen Leitplanken für das Verhältnis von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz? **14**
6. Welche Konzepte verfolgen Sie für die nächste Legislaturperiode bei ökonomischen Steuerungsinstrumenten wie Emissionshandel, EEG-Umlage, CO<sub>2</sub>-Besteuerung, etc.? **16**
7. Wie geht es für Sie weiter mit den fossilen Brennstoffen? Welche Strategien befürworten Sie hier in welcher Form? **19**
8. Energieforschung in der nächsten Legislaturperiode: Was sind hier Ihre drei Kernthemen? Wo wären ggf. Kürzungen im Budget angemessen? **21**
9. Verkehrswende: Was sind Ihre „Top 3“-Vorhaben für die nächste Legislaturperiode? **24**

### Gebäude und Qualifikation

10. Klimaneutraler Gebäudebestand: Ihre drei wichtigsten Maßnahmen, um hier zeitnah voranzukommen? **27**
11. Welche Konzepte verfolgen Sie bei der Lastenverteilung im Bereich der energetischen Gebäudesanierung, auch mit Blick auf den Nutzen von bisherigen Instrumenten wie Förderanreizen, mietrechtlichen Umlagemöglichkeiten, etc.? **29**
12. „Faktor Mensch“: Welche notwendigen Motivations- und Qualifizierungs-Anstrengungen wollen Sie umsetzen, insbesondere auch in den Bereichen Handwerk und Bildung? **32**

## Klima und Klimafolgenabschätzung

### 1. Wie soll das Ziel „Klimaneutralität 2050“ Ihrer Meinung nach politisch verbindlich verankert werden?



Die Bundesregierung hat 2010 beschlossen, die Treibhausgasemissionen bis 2050 im Vergleich zu 1990 um 80 bis 95 Prozent zu vermindern. Sie hat danach mehrfach auch auf nationaler und internationaler Ebene dieses Langfristziel bekräftigt. Mit dem von der Bundesregierung beschlossenen Klimaschutzplan 2050 wird erstmals ein Weg aufgezeigt, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

SPD

In Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaschutzabkommen werden wir den Klimaschutzplan 2050 weiterentwickeln und mit konkreten Maßnahmen unterfüttern. Die Ergebnisse des Prozesses werden wir im Rahmen eines nationalen Klimaschutzgesetzes umsetzen.

### **DIE LINKE.**

DIE LINKE fordert ein Klimaschutzgesetz, das die Klimaziele verbindlich verankert. Deutschland muss seinen Beitrag dazu leisten, die weltweite Erderwärmung gemäß dem Übereinkommen von Paris deutlich unter 2 Grad, möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Wir wollen, dass die Bundesrepublik den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 verringert, bis 2030 um 60 Prozent und bis 2050 um 95 Prozent. Deutschland muss dafür zügig aus der Kohle aussteigen und eine Energiewende hin zu einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien bei gleichzeitig sparsamerem Umgang mit Energie vorantreiben. Gleichzeitig wollen wir den Ökostromanteil auf 43 Prozent bis zum Jahr 2020, 70 Prozent bis 2030 und auf 100 Prozent bis 2040 erhöhen. Bis 2040 sollten auch der Wärme- und Verkehrsbereich auf regenerativen Energien umgestellt sein.

Die Sektorziele im Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung müssen (wie die Gesamtziele) den Ambitionen des UN-Klimaschutzabkommens von Paris entsprechend verschärft und mit wirksamen Instru-

menten und Maßnahmen untersetzt werden. Auf jeden Fall sind die (zu verschärfenden) sektorbezogenen Minderungsziele gegen ihre Abschaffung zu verteidigen. Die einzelnen Ressorts müssen endlich eine Verantwortung für die gesamtgesellschaftliche Aufgabe Klimaschutz übernehmen.



Zur Umsetzung des Abkommens von Paris wollen wir den Klimaschutz durch ein nationales Klimaschutzgesetz verbindlich machen. Darin legen wir konkrete Zwischenschritte fest um unsere nationalen Emissionen bis 2050 um mindestens 95 % zu reduzieren, damit wir – wie in Paris vereinbart – ein netto Null der Treibhausgasemissionen erreichen. Wir wollen den Kohleausstieg bis 2030 umsetzen und darüber hinaus die Begrenzung des Ökostromausbaus streichen und die Ausschreibungsmengen und Ausbauziele so anheben, dass bis 2030 eine Stromversorgung zu 100 % aus erneuerbaren Energien erreicht wird. Ab 2030 wollen wir zudem nur noch Autos mit abgasfreiem Antrieb neu zulassen und den europäischen Emissionshandel wirksam reformieren. Gemeinsam mit anderen europäischen Staaten wollen wir einen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis einführen. Auch wollen wir alle Gesetzentwürfe auf ihre Klimaauswirkungen und die Vereinbarkeit mit den Klimaschutzziele prüfen.



Wir Freien Demokraten bekennen uns zum Pariser Klimaschutzabkommen. Dieses kann man jedoch nicht nur mit dem weiteren Ausbau Erneuerbaren Energien erfüllen. Solange 2050 weltweit nicht mehr CO<sub>2</sub> emittiert wird als „verbraucht“ (das heißt von der Natur aufgenommen oder durch industrielle biologische / technische Verfahren dem Kreislauf zur Nutzung entnommen) werden kann, können auch fossile Energien (mit entsprechender technischer Aufarbeitung) und längerfristig neue Optionen wie zum Beispiel die Kernfusion Teil eines nachhaltigen Energie-Mixes sein. Vor allem in der Energieeffizienz sehen wir ein wichtiges Element der Reduktion von Treibhausgasen. Wir streben für die Erreichung der Klimaschutzziele einen technologieneutralen, smarten und effizienten Wettbewerb der besten Lösungen an, der durch

eine klare Führungsgröße getrieben wird: einen weltweiten Preis für CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die deutsche Politik soll ihre Anstrengungen darauf konzentrieren, in internationalen Verhandlungen (zum Beispiel G20, Paris Nachfolge-Konferenzen) die Voraussetzungen für einen solchen weltweit angewendeten Preis zu schaffen.

## 2. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Akzeptanz dieses Ziels in der Bevölkerung zu erhöhen?



Für den Klimaschutz gibt es schon heute ein hohes Bewusstsein in der Bevölkerung. Wir müssen zeigen, dass wir die ehrgeizigen Klimaziele erreichen, ohne dabei Wohlstand und Lebensqualität einzubüßen. Nur dann kann die hohe Akzeptanz in der Bevölkerung gewahrt bleiben.

**SPD**

Wir werden den Klimaschutzplan 2050 in einem engen Dialog mit Unternehmen, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft weiterentwickeln und dabei soziale, ökonomische und ökologische Fragen in Einklang miteinander bringen. Energie muss umweltfreundlich und bezahlbar sein. Gleichzeitig muss die verlässliche Versorgung gesichert bleiben. Die Energiewende behält dann die Akzeptanz, wenn wir den damit verbundenen Wandel unserer Wirtschaftsweise sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll gestalten.

### **DIE LINKE.**

Die Energiewende sollte nicht nur ökologisch, sondern auch demokratisch und sozial sein. Unter „demokratisch“ verstehen wir dezentrale Energiewende, die von Bürgerinnen und Bürgern getragen wird und umfassende Mitspracherechte beinhaltet. Derzeit segeln offenbar große Windkraft-Projektierer von Windkraft unter dem Label „Bürgerenergie“ – einem möglichen Missbrauch der Bürgerenergie-Regeln muss Einhalt geboten werden. Wir fordern zudem ein Beteiligungsgesetz auf Bundesebene, damit künftig nicht

nur Flächeneigentümer unmittelbar vom Ökostromausbau profitieren können, sondern auch Kommunen. Bezahlbarkeit sollte durch folgende Punkte gewährleistet werden: Im Strombereich wollen wir die EEG-Umlage für die meisten Stromkunden absenken. Zum einen sollen nur jene Firmen von einer verminderten EEG-Umlage profitieren, die tatsächlich mit einem relevanten Umfang ihrer energieintensiv hergestellten Produkte im internationalen Wettbewerb stehen. Das sind weit weniger, als heute nutzen. Vergleichbares fordern wir für Industrie-Privilegien bei Netzentgelten und weiteren Umlagen. Dies würde die EEG-Umlage bzw. den Strompreis für die restlichen Stromkunden mindern, auch für viele Geschäfte im Handel. Mit dem gleichen Ziel soll jener Teil der Zahlungsverpflichtungen an Ökostromanlagen-Betreiber, welcher aus den hohen Anfangskosten der Technologien resultiert, künftig aus einem kredit- und/oder haushaltsfinanzierten Fonds bedient werden. Zudem wollen wir die Stromsteuer abschaffen. Im Gebäudebereich muss bei energetischen Sanierungen eine Warmmietenneutralität erreicht werden. Dafür wollen wir auf der einen Seite die staatliche Förderung erhöhen sowie steuerliche Anreize für solche Sanierungen schaffen. Auf der anderen Seite wollen wir die Modernisierungsumlage abschaffen, weil sie oft zu Luxusmodernisierungen auch im Zusammenhang mit energetischen Modernisierungen führt.

DIE LINKE unterstützt nicht zuletzt Mieterstrommodelle, weil sie eine Chance bieten, endlich die Photovoltaik in die Städte zu bekommen, Mieterinnen und Mieter teilhaben lässt und die Akzeptanz für die Energiewende erhöhen. Das gerade verabschiedete Mieterstromgesetz muss allerdings deutlich verbessert werden, um die Mieterstrom-Potentiale auszuschöpfen.



Das Erhalten eines lebenswerten Planeten ist im Sinne aller. Bereits heute leiden die Menschen unter den Folgen der Klimakrise, auch in Deutschland. So hat sich die Zahl verheerender Stürme, Regenfälle und anderer wetterbedingter Naturkatastrophen in Deutschland seit den 1970er Jahren mehr als verdreifacht und die Klimakrise kommt uns teuer zu stehen, wenn wir nicht handeln. Seit 1970 belaufen sich die durch die Klimakrise hervorgerufenen Schäden allein in Deutschland schon jetzt auf über 90 Milliarden Euro. Darüber hinaus sichern Klima- und Umweltschutz Wohlstand und Beschäftigung und machen die Welt gerechter, denn die Ärmsten leiden am meisten unter den Folgen von Umweltzerstörung und Klimakrise. Ein Wettbewerb um die besten Lösungen zur Erhalt der Umwelt und zur Bekämpfung des Klimawandels spornt uns an, neue und bessere Technologien zu entwickeln. So können wir zum Beispiel teure Energieimporte – viele davon aus autokratisch regierten Staaten – einsparen und Konflikte um Rohstoffe verhindern. Der globale Wettbewerb um die Technologien von morgen ist bereits in vollem Gange. Wir wollen, dass Deutschland dabei vorne mitspielt.





Nationale Alleingänge wie den Klimaschutzplan 2050 lehnen wir ab. Er schreibt für einzelne Sektoren in Deutschland konkrete Einsparziele vor, ohne im Weltmaßstab einen wesentlichen Klimaeffekt zu haben. Damit verteuert er das Leben der Menschen, gefährdet Arbeitsplätze und letztlich die öffentliche Akzeptanz. Die hochsubventionierte, teure und im Hinblick auf CO<sub>2</sub>-Emissionseinsparungen nahezu wirkungslose deutsche Energiewende führt zunehmend auch zu Nachbarschaftskonflikten und Wertevernichtung. Wir Freie Demokraten wollen nicht, dass Klima und Energiepolitik zur Verbots- und Kahlschlagpolitik wird.

Wir wollen daher einen intelligenten Neustart in der Energiewende: marktwirtschaftlich, effizient, technologieneutral, digital und smart. Wir wollen die Kreativität der Menschen sowie die Effizienz von neuer, digitaler Technik und Marktmechanismen nutzen, um Klimaschutz für die Menschen nachvollziehbar und bezahlbar zu halten. Dazu soll mit einem weltweit greifenden Preis für CO<sub>2</sub>-Emissionen in allen Sektoren (Strom, Mobilität, Wärme), der sich zum Beispiel über ein lückenloses Handelssystem für Emissionsrechte bildet, der entscheidende wirtschaftliche Anreiz geschaffen werden. Die Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen kann auf vielen Wegen erfolgen, wir möchten dafür einen technologieneutralen, marktwirtschaftlichen Ansatz verfolgen.

Klimaschutz kann nur funktionieren, wenn weltweit alle (auch die großen CO<sub>2</sub>-Emittenten) mitmachen. Dafür muss sich deutsche und europäische Politik vorrangig einsetzen.

### 3. Ihre vordringlichsten Maßnahmen, um die für 2020 gesetzten Zwischenziele für den Klimaschutz zu erreichen, sind ...?



Wir haben in dieser Wahlperiode bereits wichtige Entscheidungen getroffen. So stellen wir bis 2020 rund 17 Mrd. Euro für die Förderung von Energieeffizienz zur Verfügung. Wir werden 13 Prozent der deutschen Braunkohlekapazitäten stilllegen und die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung weiter vorantreiben. Zudem wollen wir in der kommenden Wahlperiode endlich die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung auf den Weg bringen und den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter vorantreiben.

## SPD

Die SPD hat das Aktionsprogramm 2020 auf den Weg gebracht. Es ist das umfangreichste Maßnahmenpaket, das je eine Bundesregierung zum Klimaschutz beschlossen hat. Damit haben wir den Kohleausstieg sozialverträglich eingeleitet und die Investitionen in Klimaschutz drastisch erhöht. Das Aktionsprogramm müssen wir weiterhin konsequent umsetzen.

## DIE LINKE.

- a) Kohleausstiegsgesetz: die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke bis 2020 abschalten, spätestens im Jahr 2035 muss das letzte vom Netz. Mit dem schrittweisen Ausstieg ist sofort zu beginnen, der Strukturwandel ist sozial- und strukturpolitisch zu begleiten.
- b) Deutschland muss gleichzeitig die Erneuerbaren vorantreiben, insb. müssen die Ökostrom-Ausbau- deckel fallen. Wir werden entsprechend das EEG novellieren.
- c) Ein sozial abgefederter Start der energetischen Gebäudesanierung ist überfällig. Dafür würden wir einen Stufenplan mit verbindlich zu erreichenden Energie-Standards für den Gebäudebestand aufstellen. Zusätzlich würden wir mindestens 5 Mrd. Euro pro Jahr bereitstellen, um diesen Prozess wärmieten- neutral sozial abzusichern.



Bis 2020 klafft aktuell eine riesige Klimaschutzlücke. Im Vergleich zu heute müssen wir dann mindestens weitere 150 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart haben. Um das nationale Klimaziel von minus 40 % bis 2020 noch zu erreichen, wollen wir die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke unverzüglich vom Netz nehmen und im Dialog mit allen Beteiligten ein Konzept für einen vollständigen Kohleausstieg bis 2030 erarbeiten, mit dem der CO<sub>2</sub>-Ausstoß der verbleibenden Kohlekraftwerke analog zu den Klimazielen gedeckelt und im Einklang mit dem Ziel der vollständigen Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien im Strombereich bis 2030 gestaltet wird. Darüber hinaus wollen wir die weiteren bereits zuvor erwähnten Klimaschutzmaßnahmen zeitnah umsetzen, damit diese noch vor 2020 eine Wirkung entfalten können.



Für uns Freie Demokraten sind die deutschen Klimaschutzziele wichtig, die punktgenaue Erreichung von Zwischenzielen ist aber nicht das vorrangige Problem für den Klimaschutz. Nationale Klimaschutzziele einzelner europäischer Länder oder der EU sind ein Ausdruck des guten Willens zur Veränderung, sie bleiben als Alleingänge klimapolitisch jedoch wirkungslos, wie man aus der Verteilung der Emissionen leicht sieht: China, USA, Indien, Brasilien, Russland stehen heute für gut 50 Prozent der Treibhausgas-Emissionen (beziehungsweise knapp 60 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen), im Vergleich dazu emittieren die EU-28 knapp 9 Prozent und Deutschland ca. 1,8 Prozent der Treibhausgas-Emissionen (beziehungsweise 13 Prozent und 2,5 Prozent des CO<sub>2</sub>).

Unsere vordringlichsten Maßnahmen sind das Eintreten für einen praktikablen, weltweit greifenden Preis für CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte in allen Sektoren (Strom, Mobilität, Wärme) als zentrale Steuergröße sowie ein intelligenter Neustart der deutschen Klimapolitik – marktwirtschaftlich, effizient, digital und technologieoffen.

#### 4. Welchen Stellenwert hat der Bereich Klimafolgenanpassung und welche sind Ihre vordringlichsten Maßnahmen?



Der Klimawandel ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit, die neben Fragen der Umwelt- und Energiepolitik auch viele Bereiche der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Verteidigungspolitik berührt. So gilt es die richtigen wirtschaftlichen Anreize zur Emissionsreduzierung durch Kosteninternalisierung zu setzen, Städteplanungen und Landwirtschaft zu optimieren, das Gesundheitssystem anzupassen und den notwendigen Strukturwandel zu begleiten. Die rechtzeitige Anpassung an den Klimawandel ist auch für Deutschland von zunehmender Bedeutung, um Schäden und Risiken durch Klimaänderungen zu verringern und höheren Schadens- und Anpassungskosten zu einem späteren Zeitpunkt vorzubeugen. Dabei sind wissenschaftliche und technologische Innovationen von herausragender Bedeutung, um ressortübergreifend Anpassungsmaßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen.

## SPD

Wir wollen, dass das Versprechen der Industrieländer eingelöst wird, die finanzielle Unterstützung der ärmeren Länder bei Klimaschutz und -anpassung bis 2020 auf 100 Mrd. US-Dollar pro Jahr zu steigern. Die Finanzierung von Maßnahmen zur Klimaanpassung und zum Klimaschutz müssen zusätzlich zu den Mitteln für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit erbracht werden.

## **DIE LINKE.**

Für den Teil der Klimaerwärmung, der leider nicht mehr zu verhindern ist, müssen weltweit Vorkehrungen getroffen werden. Deutschland sollte hier vor allem durch finanzielle und technologische Transfers zu den Ländern des Südens seine Verantwortung für den Klimawandel wahrnehmen. National müssen vor allem Bau- und Managementvorschriften für den Küstenschutz den neuen Gefahren angepasst werden. Aber auch gegen Berggrutsche aufgrund tauender Dauerfrostböden sowie gegen Gefahren von zunehmenden Starkregenereignissen muss sich Deutschland wappnen. Es geht aber nicht nur um die unmittelbare Gefahrenabwehr. Die Veränderung von Niederschlagsmengen erfordert genauso eine Reaktion in Landwirtschaft und Naturschutz, wie Änderungen bei der Biodiversität bzw. infolge einwandernder, bisweilen invasiver Arten. Nicht zuletzt muss auf die gesundheitlichen Gefahren sowie möglichen Verschlechterungen der Lebensqualität und Mortalität infolge der zeitweisen Überhitzung von Städten reagiert werden. Hier sind Stadtplanung und Klimatechnik genauso gefordert wie Pflege- und Sozialdienste. Die Bundesregierung arbeitet gemeinsam mit den Ländern an nationalen Anpassungsstrategien. Die Öffentlichkeit sollte diesen Prozess und die Umsetzung der Strategien stärker begleiten und kontrollieren. Denn offensichtlich werden in der Praxis kaum Konsequenzen gezogen, wenn man sich etwa die weiterhin fast ungebremste Zubetonierung der Städte anschaut.



Die Anpassung an den Klimawandel hat für uns eine besondere Bedeutung. Vorrangig muss es allerdings um einen konsequenten Klimaschutz gehen, um die Erwärmung zu begrenzen und deutlich unter der Marke von 2 Grad Celsius zu halten. Eine Anpassung kann nicht den Klimaschutz durch die ambitionierte Minderung von Treibhausgasemissionen ersetzen, sie kann immer nur ein zusätzliches Mittel sein, um die unvermeid-

baren Auswirkungen des Klimawandels abzumindern. Wir stehen dabei für eine möglichst umweltverträgliche und naturnahe Anpassung an den Klimawandel. Es wäre fatal, wenn zur Bekämpfung der Folgen dieser globalen Umweltkatastrophe Strategien oder Technologien zur Anwendung kämen, die neue, unbeherrschbare Umweltgefahren mit sich bringen und schlimmstenfalls die Anfälligkeit verstärken anstatt sie zu mildern. Ein drängendes Problem bei Anpassung ist für uns neben dem Küstenschutz und dem steigenden Meeresspiegel auch der Hochwasserschutz in Deutschland. Hier zeigen sich auch die erheblichen Versäumnisse in der Vergangenheit. So wird z.B. seit Jahren über die Renaturierung von Flüssen geredet, um den Gewässern wieder mehr Raum zu geben. Passiert ist aber viel zu wenig. So ist beispielsweise der Elbe nur auf eine Fläche von fünf Prozent wieder mehr Raum durch Deichrückverlegung gegeben worden. Das meiste Geld ist aber in den technischen Hochwasserschutz geflossen.



Aus der Erkenntnis, dass sich das Klima auch vor der Existenz des Menschen immer wieder radikal geändert hat und aus der Einschätzung heraus, dass alle Bemühungen zur Verringerung des „menschlichen Fußabdrucks“ möglicherweise auch keine genaue Einstellung der künftigen Temperatur in der Atmosphäre bewirken könnten, ist für uns Freie Demokraten die Anpassung an den Klimawandel eine zentrale Herausforderung an die Politik.

Der Klimawandel bietet, je nach Erdteil und Region, Chancen und Risiken. Diese gilt es, in Deutschland und Europa rechtzeitig zu erkennen, um ihnen (zum Beispiel mit Infrastrukturmaßnahmen) zu begegnen. Auf internationaler Ebene gilt es, rechtzeitig Lösungen für bedrohte Regionen zu entwickeln und zu finanzieren.

## Energie und Energiepolitik

### 5. „Alles mit grünem Strom“ vs. „Efficiency First“: Ihre strategischen Leitplanken für das Verhältnis von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz?



Effizienz ist dringend notwendig. Anderenfalls müssten die bisher schon ambitionierten Ausbaupfade der erneuerbaren Energien deutlich erhöht werden. Dabei gibt es heute schon vielerorts großen Protest gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze, insbesondere gegen die Windenergie. Nur wenn der Gebäude- und Verkehrssektor effizienter werden und weniger verbrauchen, macht also eine Verstromung dieser Sektoren durch erneuerbare Energien Sinn.



Wir werden Deutschland zur energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen. Dafür müssen wir sicherstellen, dass erneuerbarer Strom nicht nur produziert, sondern auch effektiv genutzt wird. Der zügige Netzausbau auf Verteil- und Übertragungsebene und eine effiziente Sektorenkoppelung ist dafür von entscheidender Bedeutung. Den öffentlichen Gebäudebestand und den Nahverkehr wollen wir zu Vorbildern des nachhaltigen und energieeffizienten Verbrauchs entwickeln.

#### **DIE LINKE.**

Wir unterstützen die Strategie „Efficiency First“. Ökoenergie ist wertvoll und begrenzt und man sollte sparsam mit ihr umgehen. Daher sollte zum einen der Energiebedarf in allen Sektoren deutlich und dauerhaft verringert werden. Soweit möglich und ökonomisch sinnvoll, sollte in einem zweiten Schritt für den verbleibenden Energiebedarf eine direkte Nutzung erneuerbarer Energien in allen Sektoren angestrebt werden. So natürlich mittels Wind und Sonne produzierten Stroms, der Licht liefert und Elektromotoren

in Industrie, Haushalten und Verkehr antreibt. Auch Wärme aus Solarthermie, Geothermie oder Biomasse kann direkt genutzt werden, ohne Umwandlung in Strom. Nur dort, wo direkte Nutzung nicht möglich ist, soll drittens Strom aus erneuerbaren Quellen für Wärme, Verkehr und Industrie effizient eingesetzt werden. Und zwar vorrangig in Technologien, die mit wenig Strom viele fossile Brennstoffe ersetzen oder der Energiespeicherung dienen.



Um das Klimaziel zu erreichen, muss die Energiepolitik drei Prinzipien folgen: erstens Energieverschwendung beenden, zweitens die Energienutzung auf effiziente Technologien umstellen und drittens den verbleibenden Energiebedarf aus erneuerbaren Quellen erzeugen. In diesem Sinn unterstützen wir das Prinzip „Efficiency First“. Wir sehen es nicht im Kontrast zum Ziel, auf erneuerbare Energien umzustellen, sondern vielmehr als eine Voraussetzung. Denn je geringer der Energiebedarf, desto schneller und kostengünstiger ist der Vollumstieg auf erneuerbare Energie erreichbar.



Wir Freien Demokraten unterstützen „Efficiency First“ im Sinne der Gleichrangigkeit von Investitionen in Energieeffizienz (gleich welcher Technologie) mit Investitionen in Energieerzeugung. Wir sehen in der Energieeffizienz einen Schlüssel zur Reduktion des „menschlichen Fußabdrucks“ und ein großes Potential im Zusammenhang mit der künftigen Energieversorgung. Gleichwohl können politischen Ziele für Energieeffizienz und -erzeugung nur den Charakter von Richtwerten haben, wenn wir keine Planwirtschaft einführen wollen.

Wir wollen, dass sich Energieeffizienz marktwirtschaftlich durchsetzt – sie ist im Eigeninteresse von Verbraucherinnen und Verbrauchern und Unternehmen. Der entscheidende Markttreiber ist dabei für uns ein weltweit gültiger Preis für CO<sub>2</sub>-Emissionen. Subventionssysteme wie das EEG wollen wir abschaffen.

Wir Freien Demokraten bekennen uns zum Pariser Klimaschutzabkommen. „100 Prozent Stromproduktion durch Erneuerbare Energien“ ist jedoch nicht erforderlich, um das Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen. Solange 2050 weltweit nicht mehr CO<sub>2</sub> emittiert wird, als „verbraucht“ (das heißt von der Natur aufgenommen oder durch industrielle biologische / technische Verfahren dem Kreislauf zur Nutzung ent-

nommen) werden kann, können auch fossile Energien und längerfristig neue Optionen wie die Kernfusion Teil eines nachhaltigen Energie-Mix sein. Daher stellt sich die Aufgabe „Alles mit grünem Strom“ für uns Freie Demokraten so nicht. Wir streben vielmehr einen technologieoffenen, smarten und effizienten Wettbewerb der besten Lösungen an, der durch eine klare Führungsgröße getrieben wird: einen weltweiten Preis für CO<sub>2</sub>-Emissionen.

## 6. Welche Konzepte verfolgen Sie für die nächste Legislaturperiode bei ökonomischen Steuerungsinstrumenten wie Emissionshandel, EEG-Umlage, CO<sub>2</sub>-Besteuerung, etc.?



Die Höhe des Strompreises ist in der Tat eine große Herausforderung. Ein wichtiger Aspekt ist dabei der hohe Anteil an Steuern und Umlagen. Wir müssen daher die Umlage- und Steuersystematik in der kommenden Wahlperiode auf den Prüfstand stellen. Ich warne jedoch davor, nur Verteilungsdebatten zu führen. Wir müssen vielmehr in allen Bereichen wirtschaftlicher werden und schauen, wo wir Kosten einsparen können. Wir müssen außerdem beim Netzausbau Fortschritte machen, damit wir die Redispatch-Kosten in den Griff bekommen. Wo der Strom nicht abtransportiert werden kann, sollten auch keine neuen Wind- oder Solaranlagen aufgebaut werden.

SPD

Wir werden alternative Finanzierungsmodelle der Energiewende prüfen. Den europäischen Emissionshandel werden wir so weiterentwickeln, dass er seine Funktion als zentrales Klimaschutzinstrument erfüllen kann. Sollte dies nicht zu erreichen sein, werden wir Verhandlungen für die Vereinbarung von CO<sub>2</sub>-Mindestpreisen auf europäischer Ebene aufnehmen. Dabei werden wir unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen im Klimaschutz berücksichtigen und „Carbon-Leakage“ verhindern.



## **DIE LINKE.**

- a) Wir wollen die Kosten der Energiewende gerechter verteilen. Um die Belastung für kleine und mittelständische Unternehmen sowie private Haushalte zu senken, müssen die Preistreiber der EEG-Umlage auf den Prüfstand: die unberechtigten Privilegien der Industrie. Die verminderte EEG-Umlage sollen nur noch jene Unternehmen erhalten, die mit einem relevanten Umfang ihrer energieintensiv hergestellten Produkte im internationalen Wettbewerb stehen. Das sind weit weniger als heute.
- b) Gleiches gilt für die Industrierabatte bei den Netzentgelten. Diese Maßnahme würde die EEG-Umlage bzw. die Netzentgelte und damit den Strompreis für die restlichen Stromkunden mindern.
- c) Zusätzlich wollen wir die hohen Anfangskosten der Ökostromanlagen und daraus resultierende Zahlungsverpflichtungen aus der EEG-Umlagefinanzierung herausnehmen und in einen Energiewendefonds auslagern. Dies würde die EEG-Umlage für alle Stromkunden weiter senken.
- d) Wir wollen die Stromsteuer abschaffen.
- e) Eine CO<sub>2</sub>-Steuer auf fossile Brennstoffe können wir uns vorstellen, wenn das Aufkommen dieser Steuer nach Schweizer Vorbild vollständig an die Bürgerinnen und Bürger zurückgezahlt wird. Um den gesetzlichen Kohleausstieg zu unterstützen, wäre ein nationaler CO<sub>2</sub>-Mindestpreis im Emissionshandel denkbar, eine Art Neuauflage der leider seinerzeit vor der Einführung in der Koalition gescheiterten Klimaabgabe des Bundeswirtschaftsministeriums für Kohlekraftwerke.
- f) Was den Emissionshandel selbst betrifft, so fordern wir seit Jahren die endgültige Stilllegung der mehr als 2 Mrd. überschüssigen Emissionszertifikate, welche vor allem aus windigen Emissionsgutschriften aus dem Ausland bestehen. Darüber hinaus ist eine Anpassung des EU-Emissionshandels-Budgets an die Paris-Ziele notwendig (u.a. abgesenkter jährlicher Minderungsfaktor).



Um die Wirksamkeit des europäischen Emissionshandels zu erhöhen wollen wir die derzeit überschüssigen Emissionszertifikate in Höhe von rund 3 Milliarden Euro dauerhaft vom Markt nehmen und löschen. Zudem wollen wir schon heute die jährlichen Emissionsobergrenzen (CAPs) bis 2050 fortschreiben, die sich an den Beschlüssen des Klimaabkommens von Paris orientieren, wonach die Treibhausgasemissionen spätestens 2050 netto Null sein sollen. Durch einen gesetzlichen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis im Emissionshandel sorgen wir außerdem dafür, dass sich Investitionen in Klimaschutz betriebswirtschaftlich lohnen und Natur und Allgemeinheit nicht länger die Zeche zahlen. Gemeinsam mit Frankreich und anderen wollen wir mit einem CO<sub>2</sub>-Mindestpreis vorangehen und auch in Europa dafür kämpfen, den Emissionshandel mit einem CO<sub>2</sub>-Mindestpreis zu einem wirksamen Instrument weiterzuentwickeln. Mit den zusätzlichen Einnahmen daraus finanzieren wir weitere Klimaschutzmaßnahmen. Wir helfen zum Beispiel dabei, Industrieprozesse kohlenstoffarm zu machen und Gebäude energetisch zu sanieren. Durch eine ehrliche CO<sub>2</sub>-Bepreisung auch außerhalb des Emissionshandels sorgen wir dafür, dass sich Investitionen in Klimaschutz betriebswirtschaftlich lohnen sowie planbarer werden.



Wir Freien Demokraten streben einen europäischen, baldmöglichst aber auch weltweiten Emissionshandel an, der CO<sub>2</sub>-Emissionen in allen Sektoren (Strom, Mobilität, Wärme) einen Preis gibt und damit als zentraler marktwirtschaftlicher Anreiz für effizientere und emissionsärmere Lösungen dient. Eine CO<sub>2</sub>-Steuer lehnen wir dagegen ab.

Das EEG hat das ursprüngliche Ziel, regenerativen Energiequellen signifikante Marktanteile zu verschaffen, schon lange erreicht. Die jüngsten Ausschreibungsergebnisse nach der EEG-Novelle zeigen, dass die Subventionen mittlerweile nicht mehr nötig sind. Sein planwirtschaftlicher Ansatz hat zu einem riesigen Kostenberg und damit zu mit den teuersten Strompreisen in Europa geführt, das EEG hat dabei immer wieder Fehlanreize gesetzt und Ressourcen verschwendet. Wir Freien Demokraten wollen es daher so schnell wie möglich abschaffen. Bestandsanlagen genießen dabei Vertrauensschutz.

## 7. Wie geht es für Sie weiter mit den fossilen Brennstoffen? Welche Strategien befürworten Sie hier in welcher Form?



Der europäische Emissionshandel ist für uns das Leitinstrument zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Europa und Deutschland. Er setzt marktwirtschaftliche Anreize für Investitionen und Innovationen in den Klimaschutz und steuert darüber auch, welche Energieträger zum Einsatz kommen. So können die Emissionsminderungsziele volkswirtschaftlich effizient und zielscharf erreicht werden. Wir wollen den Emissionshandel stärken und nationale Interventionen vermeiden, die lediglich zu Emissionsverlagerungen und Kostenerhöhungen führen, ohne dabei emissionsmindernde Effekte zu erzielen. Darüber hinaus halte ich es für sinnvoll, den Emissionshandel auf andere Sektoren, wie den Verkehrs- oder Gebäudesektor, auszuweiten.

SPD

Spätestens 2050 müssen wir Energie weitestgehend treibhausgasneutral erzeugen. Die vollständige Energiewende gelingt nur, wenn auf dem Weg dorthin konventionelle Energieträger den Ausbau der erneuerbaren Energien ergänzen. Erdgas, erneuerbares Gas aus Power-To-Gas-Anlagen und die bestehende Gasnetzinfrastruktur werden im Energiemix für eine flexible, sichere und CO<sub>2</sub>-arme Energieerzeugung immer bedeutender. Die Kohlereviere und die Wirtschaft müssen wir bei der Bewältigung des Strukturwandels unterstützen und mithelfen, die Produktion von neuen Umwelttechnologien aufzubauen.

## **DIE LINKE.**

- 1. Kohleausstiegsgesetz:** Der schrittweise Kohleausstieg soll nach unserer Auffassung 2018 beginnen; spätestens 2035 muss der letzte Kohlemeiler vom Netz gehen. Wir fordern ein Verbot für den Neubau von Kohlekraftwerken sowie den Neuaufschluss und die Erweiterung von Braunkohletagebauen.
- 2. Öl:** Bestehende Ölheizungen sollten gut eingestellt sein und gepflegt werden. Beim Ersatz dieser Heizungen sollte nach Möglichkeit auf regenerative Heizsysteme zurückgegriffen werden. Dazu bedarf es kompetenter und unabhängiger Beratung und qualifizierter Handwerker. Gefördert werden sollten neue Ölheizungen nicht mehr. Im Verkehrsbereich wollen wir keine Neuzulassungen fossiler Antriebe ab 2030.
- 3. Erdgas** ist Übergangstechnologie auf dem Weg in eine CO<sub>2</sub>-freie Energieerzeugung.



Wir wollen, um die Klimaziele 2020 noch erreichen zu können, 20 besonders klimaschädliche Kohlekraftwerke unverzüglich vom Netz nehmen und für die verbleibenden Kohlekraftwerke ein CO<sub>2</sub>-Budget entsprechend der Pariser Klimaziele vorgeben. Damit soll erreicht werden, dass im Einklang mit dem 100 Prozent Ökostrom-Ziel bis 2030 der Kohleausstieg vollzogen wird.

Erdgas wird noch etwas länger eine Rolle als Brückentechnologie spielen. Ziel ist aber, Erdgas perspektivisch durch „grünes Gas“, also mithilfe von Ökostrom erzeugten Synthesegasen klimafreundlich ersetzt wird. Hierzu wollen wir die Forschung und Markteinführung von Power-to-Gas und Power-to-Liquid fördern und dabei auch Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Ländern ausloten.

Den Einbau von Ölheizungen wollen wir in Hochwasserschutzgebiet untersagen und zudem jegliche Förderung für Öl- und Gasheizungen sofort einstellen. Die Förderprogramme im Wärmebereich sollen ausschließlich der Energieeinsparung sowie der Umstellung auf erneuerbare Wärme bzw. Abwärme dienen. Ergänzend wollen wir dazu die Nah- und Fernwärmenetze für diese Wärmequellen öffnen.

Im Verkehrsbereich ist es unser Ziel, ab 2030 keine Neufahrzeuge mit fossilen Verbrennungsmotoren mehr zuzulassen und so mit Nachdruck die Elektromobilität auf Basis erneuerbar erzeugten Stroms voranbringen.



Das Pariser Klimaschutzabkommen, das für uns Freie Demokraten die Geschäftsgrundlage ist, schreibt nicht vor, dass die gesamte Energieversorgung und Mobilität ausschließlich mit regenerativen Energien erfolgen muss. Solange 2050 weltweit nicht mehr CO<sub>2</sub> emittiert wird, als „verbraucht“ (das heißt von der Natur aufgenommen oder durch industrielle biologische / technische Verfahren dem Kreislauf zur Nutzung entnommen) werden kann, können auch fossile Energien und längerfristig neue Optionen wie die Kernfusion Teil eines nachhaltigen Energie- und Kraftstoff-Mix sein. Realistisch betrachtet werden auch in Deutschland fossile Energien noch lange Teil unseres Leben sein (vor allem vor dem Hintergrund des gesellschaftlich gewollten Atomausstiegs). Wenn man Energieversorgung und Mobilität im Weltmaßstab betrachtet, wird die auch langfristig noch dominierende Rolle der fossilen Energieträger überdeutlich, egal welche politischen Ziele wir in Deutschland aufstellen würden. Dabei wird es eine Verschiebung hin zum Erdgas geben, ohne dass auf Kohle und Öl verzichtet werden kann.

Umso wichtiger ist daher für uns Freie Demokraten, den Verbrauch fossiler Energieträger durch verbesserte Effizienz so klein wie möglich zu halten, gute Abgasreinigungsverfahren zu etablieren und vor allem die schon heute erprobte Abscheidung und stoffliche Nutzung von CO<sub>2</sub> aus Abgasen von Verbrennungsprozessen (zum Beispiel als Chemiegrundstoff) großflächig zum Einsatz zu bringen.

## 8. Energieforschung in der nächsten Legislaturperiode: Was sind hier Ihre drei Kernthemen? Wo wären ggf. Kürzungen im Budget angemessen?



Die drei Kernthemen sind: Integration der erneuerbaren Energien (Speichertechnologien, flexible Nachfrage, etc.), klimafreundlichere Industrieprozesse zu wettbewerbsfähigen Energiepreisen, Sektorenkopplung (Power-to-gas, Elektrifizierung Wärmesektor, etc.).

## SPD

Der nächste Schritt ist es, die Wärmeversorgung und den Verkehr stärker mit erneuerbaren Energien zu koppeln. Speicher und andere Technologien für die Sektorenkopplung werden wir gezielt durch Forschungs- und Entwicklungsprogramme voranbringen. Weiterhin werden wir die Effizienzforschung stärken.

## DIE LINKE.

1. Spätestens ab einem Ökostromanteil von 60 bis 70 Prozent im Netz benötigt das Energiesystem Langzeitstromspeicher, die mehrere Tage Dunkelflaute überbrücken können. Die Forschung in diese Speicherformen sollte intensiviert werden.
2. Gleichzeitig treten in dieser Zeit regelmäßig EE-Stromüberschüsse auf, die in anderen Sektoren (Gebäude, Verkehr) überführt werden können, um den (Rest-)Energiebedarf dort zu dekarbonisieren. Diese Sektorkopplung und die Steuerung der Prozesse in einem effizienten Gesamtenergiesystem müssen stärker Gegenstand der Forschung werden.
3. Darüber hinaus sehen wir in der sozialökologischen Forschung dazu, wie die Energiewende und die notwendigen Strukturwandelprozesse sozialverträglich und demokratisch gestaltet werden können, Nachholbedarf. Letzte Forschung müsste allerdings sehr anwendungsorientiert gestaltet werden – Studien vom „Grünen Tisch“ zum Thema gibt es bereits reichlich.



Die Energieforschung muss an die Herausforderungen einer sich rasant ändernden Energieversorgung angepasst werden. Für uns bedeutet dies eine Abkehr von der öffentlichen Förderung für die Erforschung von Kernfusion, Transmutation und Atomreaktoren der IV. Generation – alles Bereiche, die keine Zukunft haben und anderen wichtigen Forschungsbereichen die Gelder wegnehmen.

Die öffentlichen Forschungsgelder müssen vollständig für das Gelingen der Energiewende durch Forschung für mehr erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz sowie für die Sicherheits- und Endlagerforschung eingesetzt werden. Ausnahme ist allein die Erforschung von Sicherheitsfragen beim Rückbau der Atom-Infrastruktur und bei Endlagerung radioaktiver Abfälle.

Prioritäre Forschungsgebiete im Energiesektor sind zum Beispiel die Energiespeicherung, die Effizienzforschung, Effizienzsteigerung und Umweltbelange bei der Nutzung erneuerbarer Energien, die Optimierung des Energietransports, die Digitalisierung der Energieversorgung sowie der flexible und effiziente zeitliche und räumliche Ausgleich zwischen volatiler Stromerzeugung und Stromverbrauch. Von immer größerer Bedeutung wird zudem eine breit angelegte Akzeptanz- und Beteiligungsforschung rund um den Umbau der Energieinfrastruktur.



Mit dem existierenden Bestand an Wind- und Solarstromanlagen wird heute schon an vielen Tagen Strom produziert, der zu diesem Zeitpunkt nicht benötigt wird. Andererseits steht zu anderen Zeiten kaum regenerativer Strom zur Deckung der elektrischen Last zur Verfügung. Es fehlen großtechnische, wirtschaftliche Möglichkeiten zur Stromspeicherung und zum intelligenten Lastenmanagement.

Daher sind unsere Kernthemen:

1. Technologien zur wirtschaftlichen Nutzung beziehungsweise Speicherung von Stromspitzen (inklusive Power-to-X)
2. Nutzung der Digitalisierung für intelligente Verknüpfung von Stromerzeugern und industriellen Verbrauchern mit dem Ziel der Netzstabilität und Nutzung von temporären Überschussstrom-Mengen
3. Intelligentes, digital unterstütztes Netzmanagement, im europäischen und im regionalen Zusammenhang

Die Entwicklung von Technologien für Energieerzeugungsanlagen sehen wir hingegen künftig mehr in der Verantwortung der Hersteller.

## 9. Verkehrswende: Was sind Ihre „Top 3“-Vorhaben für die nächste Legislaturperiode?



1. Individuelle Mobilität muss genauso verfügbar sein wie die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs oder der Bahn.
2. Wir stehen dafür ein, dass die Umweltbelastung der Städte schnell und deutlich reduziert und die europäischen Normen wieder eingehalten werden. Dies wollen wir bis spätestens 2020 erreichen. Dazu bedarf es eines klugen Vorgehens und einer großen Kraftanstrengung. Der  $\text{NO}_x$ - und Feinstaubbelastung wollen wir durch gezielte Verkehrsstrategien begegnen, die Politik, Kommunen und Automobilhersteller gemeinsam erarbeiten. Generelle Fahrverbote für bestimmte Fahrzeugtypen lehnen wir ab.
3. Wir unterstützen die Antriebswende im Verkehr und verfolgen eine technologieoffene Gesamtstrategie zur Förderung des Markthochlaufs alternativer Kraftstoffe und Antriebe wie der Elektromobilität und der Brennstoffzelle. Die Förderung des Aufbaus einer flächendeckenden Lade- und Tankinfrastruktur, die alle Regionen für die Elektro- und Wasserstoffmobilität erschließt, führen wir fort – und errichten 50.000 Ladesäulen in ganz Deutschland. Die Potenziale der Digitalisierung werden wir nutzen – unter anderem durch die intelligente Vernetzung verschiedener Verkehrsangebote und die Shared Mobility.



Wir wollen die Elektromobilität und die Entwicklung alternativer Kraftstoffe für alle Verkehrsträger voranbringen. Ebenso wollen wir den Personennahverkehr als attraktive Alternative zum Auto stärken, mehr Güter von der Straße auf die Schiene bringen, Konzepte wie Carsharing fördern und das Radwegenetz ausbauen.



## **DIE LINKE.**

1. Gesetzlich muss vorgeschrieben werden, dass ab dem Jahr 2030 alle Neuwagen mit klimaneutralen Antrieben auszurüsten sind. Das wird vor allem auf E-Mobilität hinauslaufen, weil Bioenergien und auf Ökostrom basierende flüssige und gasförmige Kraftstoffe deutlich ineffizienter und teurer sind als Elektroautos.
2. Vor allem aber benötigen wir weniger, dafür intelligenteren Verkehr. Es geht uns um eine Verkehrswende hin zu mehr öffentlichem Verkehr und weniger PKW (und natürlich auch LKW), nicht allein um eine Antriebswende. Wir unterstützen Förderprogramme für E-Antriebe in ÖPNV-Bussen, Taxen, Mietwagen, Car-Sharing-Flotten, bei Fahrzeugen von Handwerkern, Dienstleistern, im innerstädtischen Lieferverkehr etc. Wir brauchen eine auf diese Verkehrswende ausgerichtete neue Infrastrukturplanung.
3. DIE LINKE ist für ein unverzügliches Verbot von Palmöl in Biokraftstoffen. Die Nachfrage nach Biomasse aus dem Kraftstoffsektor hat nicht nur direkt und indirekt zur zusätzlichen Abholzung von Tropenwäldern geführt und ist Ursache für immer neue Vertreibungen von indigenen Völkern und Kleinbauern. Wir fordern ohnehin seit Jahren ein Verbot der Einfuhr von Agrokraftstoffen bzw. Rohstoffen für diese. Mit einem solchen Verbot wäre auch Palmöl vom heimischen Kraftstoffmarkt.



Der Verkehr braucht eine neue Richtung, wenn wir die Klimaschutzziele noch erreichen wollen und die Luft in den Städten wieder sauber werden soll. Prioritär sind für uns die folgenden drei Punkte:

1. Schadstoffreduktion durch Nachrüstprogramm für alle Diesel-Autos der Kategorie Euro 5 und Euro 6 und Einführung der „blauen Plakette“ für schadstoffarme Diesel.
2. Investitionsprogramm „Mobilität 2030“ mit 7 Mrd. Euro für öffentlichen Verkehr, Radverkehr sowie Vernetzung umweltverträglicher Verkehrsmittel
3. Förderung der Elektromobilität und Aufbau der erforderlichen Ladeinfrastruktur



Wir Freien Demokraten wollen, dass auch im Verkehrssektor CO<sub>2</sub>-Emissionen einen Preis bekommen, der als marktwirtschaftlicher Anreiz für emissionsärmere Lösungen wirkt. Dafür muss sich die deutsche und europäische Politik in den kommenden Jahren mit aller Kraft einsetzen. Wegen des Wettbewerbs zwischen Verkehrsteilnehmern in Europa und (vor allem in Schifffahrt und Luftverkehr) weltweit muss dies mindestens auf europäischer Ebene geschehen, so schnell wie möglich aber durch Gewinnen internationaler Kooperationspartner ein weltweites System des Emissionshandels geschaffen werden.

Für die Mobilität in Deutschland wollen wir technologieoffene, marktwirtschaftliche Entwicklungen in Gang setzen, die ohne Subventionen oder Prämien auskommen. Wir werden die technologieoffene Forschung und Entwicklung sauberer Fahrzeugantriebe fördern. Kaufprämien für Elektroautos oder einen staatlich geplanten Ausstieg aus der Nutzung von Verbrennungsmotoren lehnen wir ab.

Es gibt viele technische Wege für die künftige emissionsarme Mobilität, nicht nur Elektrofahrzeuge, die zudem nur so „sauber“ sind, wie der Strom, den sie verbrauchen. Daher machen wir auch keine Vorgaben bezüglich des Anteils der Elektromobilität am Gesamtverkehrsaufkommen. Dazu gehören auch Verbrennungsmotoren (auch der Diesel), die langfristig zunehmend auch völlig klimaneutral mit regenerativ erzeugten Kraftstoffen versorgt werden können, und weiterhin neue, digital unterstützte Mobilitätskonzepte. Welche Marktanteile einzelne Technologien einnehmen werden, entscheiden die Verbraucherinnen und Verbraucher und Fahrzeuganbieter im Wettbewerb.

All diese Lösungen werden ihre Anwendungsgebiete finden, sofern sie für die Verbraucherinnen und Verbraucher im jeweiligen Einsatzzweck attraktiv sind und am Markt bestehen können. Wir Freien Demokraten wollen dazu den Ordnungsrahmen setzen und die Kreativität des Marktes und der Ingenieurinnen und Ingenieure nutzen, nicht einzelne Technologien vorschreiben.

## Gebäude und Qualifikation

### 10. Klimaneutraler Gebäudebestand: Ihre drei wichtigsten Maßnahmen, um hier zeitnah voranzukommen?



1. Wir setzen weiterhin auf Anreize statt auf Zwang und Verbote.
2. Wir wollen die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung auf den Weg bringen.
3. Wir wollen die Vielfalt der unterschiedlichen Fördersysteme vereinfachen und transparenter machen.

SPD

Die Anreize für Investitionen in energieeffiziente Sanierung und erneuerbare Wärme müssen wir weiter verbessern. Dazu gehört u. a. die Weiterentwicklung der Energieberatung, des Energieeinsparrechts sowie des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms. Im Bereich der öffentlichen Gebäude soll der Bund eine Vorbildfunktion übernehmen.

**DIE LINKE.**

1. Um die Klimaziele zu erfüllen, muss die Sanierungsrate im Bestand verdoppelt werden, im Neubau wird ab 2021 der Niedrigstenergiestandard gemäß der EU-Gebäuderichtlinie zur Pflicht. Wir wollen ordnungsrechtliche Vorgaben für stufenweise zu erreichenden Effizienz- und CO<sub>2</sub>-Standards auch für den Gebäudebestand.
2. Uns ist klar, dass ein Teil der energetischen Sanierungen nicht warmmietenneutral durchgeführt werden kann, und in diesem Sinne unwirtschaftlich sein würde. Die Sanierungen müssen jedoch im Kampf gegen den Klimawandel dringend erfolgen. Deswegen fordert DIE LINKE eine Aufstockung der KfW-Fördermittel

auf mind. 5 Mrd. € im Jahr. Verbindliches Ziel der Förderung muss die Warmmietenneutralität für die Mieterinnen und Mieter der sanierten Wohnungen sein. Zudem sind Luxussanierungen oder die falsche Zurechnungen so genannter „Sowieso-Kosten“ zu verhindern.

**3.** Die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung muss kommen, nach unseren Vorstellungen als Abzugsfähigkeit energetischer Sanierungskostenanteile von der Steuerschuld.



Wir wollen die Förderung für Faire Wärme auf insgesamt 7 Milliarden Euro erhöhen, dabei insbesondere ein Programm für sozial verträgliche energetische Quartierssanierung in Höhe von 2 Mrd. Euro auflegen und Speicher ebenso wie Beratung stärker als bisher fördern. Wir wollen den Quartiersansatz stärken und den Kommunen hier eine stärkere Rolle geben. Die energetische Modernisierung von Einzelgebäuden soll daher stärker in Quartiersstrategien eingebettet und mit der klimafreundlichen Modernisierung der Energieversorgung verzahnt werden. Die öffentliche Förderung fossiler Heizungen wollen wir beenden, das Energieeinsparrecht vereinfachen und auf die Ziele von Paris ausrichten. Wir treten ebenfalls für Änderungen am Mietrecht und deutlich mehr sozialen Wohnungsbau ein, um Wohnen und Mieten bezahlbar zu halten und senken die Modernisierungs-Mieterhöhung deutlich ab. Selbstnutzende Eigentümer fördern wir mit einem Steuerbonus für energetische Modernisierung.



Wir Freie Demokraten wollen die Wohnungsnot in deutschen Großstädten bekämpfen. Mangel kann man aber nicht verwalten. Es muss schlicht mehr Wohnraum her. Dazu wollen wir den Neubau von Wohnungen attraktiver machen und zum Beispiel die jährliche Abschreibungsrate für Gebäude von zwei auf drei Prozent erhöhen. Dies setzt Anreize zum Bauen, weil Investitionen schneller steuerlich geltend gemacht werden können.

Vor diesem Hintergrund macht es für uns Freie Demokraten wenig Sinn, mit kaum koordinierten Vorschriften und Gesetzen auf unterschiedlichsten Spezialgebieten national die letzten Prozente an Effizienzsteigerungen zu erzwingen, um international als Vorreiter zu gelten. Dabei kommt es dann oft auch zu ernst

Zielkonflikten, zum Beispiel wenn der Bau von kostengünstigem Wohnraum wegen der durch ein hohes deutsches Vorschriftenniveau deutlich gestiegenen Baukosten erschwert wird.

Überzogene Vorschriften halten Hauseigentümer und Unternehmer zudem letztlich oft sogar von sinnvollen Teilmaßnahmen ab und schaffen neue Bürokratie und ungerechtfertigte Belastungen. Die Energieeinsparverordnung (EnEV) muss dringend überarbeitet werden. Sie ist darauf ausgerichtet, jede technisch mögliche Maßnahme auch vorzuschreiben, was besonders bei Bestandsbauten zu untragbaren Belastungen führen kann. Neue Verbote und Belastungen sind darüber hinaus bereits durch die Ökodesignrichtlinie (ErP) der EU beschlossen worden. Wir Freien Demokraten fordern dagegen: Private Haushalte, Immobilienbesitzer und Unternehmen müssen in ihren Entscheidungen über Investitionen in Energieeffizienz frei bleiben.

Staatliche regulative Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz sind kein Ersatz für marktkonforme Steuerungsinstrumente wie beispielsweise einen funktionierenden Emissionshandel. Die von uns Freien Demokraten geforderte Ausdehnung des EU-Emissionshandels auf Heizenergiebrennstoffe kann perspektivisch hinreichend Anreize zur Erhöhung der Energieeffizienz geben. Wir setzen auch beim Thema Energieeffizienz auf die Anreize der Wirtschaftlichkeit und vernünftiges, eigenverantwortliches Handeln von Unternehmen und privaten Haushalten.

## **11. Welche Konzepte verfolgen Sie bei der Lastenverteilung im Bereich der energetischen Gebäudesanierung, auch mit Blick auf den Nutzen von bisherigen Instrumenten wie Förderanreizen, mietrechtlichen Umlagemöglichkeiten, etc.?**



Um die energetischen Potenziale im Gebäudesektor zu heben, setzen wir auf Information, Transparenz, Anreize und nicht auf Zwang und Verbote. Die unionsgeführte Bundesregierung hat daher zwischen 2016 und 2020 eine Rekordsumme von rund 17 Mrd. Euro für Energieeinspar- und Energieeffizienzprogramme eingeplant. Damit soll vor allem das Energiesparen im Gebäudebestand angereizt werden. Eine Verschärfung der Anforderungen an den Bestand wird es mit der Union nicht geben.

Wir wollen Effizienzgewinne für Investoren attraktiv machen. Dazu wollen wir innovative und ergebnisorientierte Ansätze wie die Ausschreibungen von Energieeffizienzmaßnahmen weiterentwickeln und ausweiten sowie die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung einführen. Energieträgerneutralität und Technologieoffenheit schaffen den Wettbewerb für das Energiesparen. Deshalb setzen wir auf energieeffiziente Technologien, wie zum Beispiel die Kraft-Wärme-Kopplung.

## SPD

Bei der Lastenverteilung werden wir darauf achten, dass Wohnen für Mieterinnen und Mieter bezahlbar bleibt. Dafür werden wir Energieeffizienz- und Sanierungsmaßnahmen ausbauen und auf Haushalte mit niedrigem Einkommen sowie kleine und mittlere Unternehmen zuschneiden. Die zulässige Mieterhöhung nach einer Modernisierung werden wir begrenzen. Modernisierungsmaßnahmen in Mietwohnungen sollen nicht einseitig zu Lasten der Mieterinnen und Mieter bezahlt werden.

## **DIE LINKE.**

Es ist unerlässlich, die Wärmeverluste der Gebäude zu minimieren, wollen wir die Klimaschutzziele möglichst kostenbewusst und konfliktfrei erreichen. DIE LINKE setzt auf eine sozialverträgliche Gebäudesanierung. DIE LINKE fordert für die energetische Gebäudesanierung eine Garantie der Warmmietenneutralität. Entsprechend müssen öffentliche Mittel mobilisiert werden, um die Differenzkosten in jenen Fällen zu decken, in denen eine solche Warmmietenneutralität nicht herstellbar ist. Dazu gehören neben einem stärkeren Schutz der Mieterinnen und Mieter im Mietrecht (Abschaffung der Sanierungsumlage; Ersatz der Umlage durch ökologischen Mietspiegel; Neuauflage geschützter Sanierungsgebiete etc.) auch alle Fördermaßnahmen, die den Weg hin zu einer warmmietenneutralen Sanierung eröffnen. Dazu zählen eine Aufstockung der KfW-Fördermittel auf mind. 5 Mrd. € im Jahr sowie zusätzliche steuerliche Anreize (Abzugsfähigkeit energetischer Sanierungskostenanteile von der Steuerschuld). Zudem sind Luxussanierungen oder die falsche Zurechnungen so genannter „Sowieso-Kosten“ zu verhindern. Dämmmaßnahmen müssen nachhaltig sein. Sie dürfen nicht zu teuren „Nachsanierungen“ führen, etwa wegen Schimmelbildung, und müssen dem Gesundheits- und Brandschutz entsprechen. Zudem muss die Verwertung der Dämmstoffe möglichst schadlos möglich sein.

Um die Investitions-Präferenzen zu Gunsten von mehr Effizienz zu verschieben, wollen wir aber nicht nur Fördern, sondern auch Fordern. Und zwar mit ordnungsrechtlichen Vorgaben zu stufenweise zu erreichenden Effizienz- und CO<sub>2</sub>-Standards auch für den Gebäudebestand. Zudem wollen wir die Effizienz von Produkten erhöhen, in dem das Top-Runner-Prinzip ausgeweitet wird, wie es ja bereits in der EU-Ökodesign-Richtlinie für erste Produkte verankert ist. Ähnliche ordnungsrechtliche Vorgaben sehen wir für den Austausch ineffizienter Industriepumpen für sinnvoll an. Ein Energieeffizienzfonds kann den Umstieg auf eine effiziente Wirtschaftsweise mit Fördermitteln unterstützen und sozial begleiten.



Wir wollen die Lasten fair verteilen und energetische Gebäudesanierung sozial gerecht voran bringen, ohne Verdrängung. Die Modernisierungs-Umlage wollen wir deutlich absenken, und auf energetische Maßnahmen, Barriereabbau und Einbruchschutz beschränken und der absoluten Höhe nach kappen. Mit einem Förderprogramm Faire Wärme in Höhe von 2 Milliarden Euro jährlich fördern wir die sozial verträgliche klimafreundliche Modernisierung von Stadtvierteln.



Effiziente Energienutzung in Gebäuden liegt im wirtschaftlichen Eigeninteresse jedes Unternehmens und jedes Bürgers. Die Energieträgerpreise sind der wesentliche Anreiz zum sparsamen Energieeinsatz und zu Investitionen in Energieeffizienz. Wir wollen, dass auch im Sektor Gebäude CO<sub>2</sub>-Emission ihren Preis bekommt. Welche Investitionen wirtschaftlich sind, kann aber nur vor Ort beurteilt und nicht durch Verordnungen erzwungen werden. Die Wirtschaftlichkeit können am besten private Haushalte, Gewerbe und Industrie beurteilen, die auch alle Risiken tragen. Bei Mietverhältnissen müssen Investitionen in energetische Gebäudesanierung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften auf die Mieter umgelegt werden können, die ja auch durch niedrigere Energie-Nebenkosten profitieren sollen.

Mit kaum koordinierten Vorschriften und Gesetzen auf unterschiedlichsten Spezialgebieten versucht die Bundesregierung, die letzten Prozente an Effizienzsteigerungen zu erzwingen. Solche überzogenen Vorschriften halten aber Hausbesitzer und Unternehmer letztlich oft sogar von sinnvollen Teilmaßnahmen bei der energetischen Gebäudesanierung ab und schaffen neue Bürokratie und ungerechtfertigte Belas-

tungen. Die Energieeinsparverordnung (EnEV), die dringend überarbeitet werden muss, ist darauf ausgerichtet, alle technisch möglichen Maßnahmen vorzuschreiben, was besonders bei Bestandsbauten zu untragbaren Belastungen führen kann. Wir Freien Demokraten fordern dagegen: Private Haushalte, Immobilienbesitzer und Unternehmen müssen in ihren Entscheidungen über Investitionen in Energieeffizienz frei bleiben.

Grundsätzlich müssen sich Investitionen in Energieeffizienz rechnen. Steuerliche Anreize zur energetischen Gebäudesanierung können hier sinnvoll sein.

## 12. „Faktor Mensch“: Welche notwendigen Motivations- und Qualifizierungsanstrengungen wollen Sie umsetzen, insbesondere auch in den Bereichen Handwerk und Bildung?



Die Kompetenz von Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen soll vermehrt zur Steigerung der Energieeffizienz genutzt werden. Wir wollen diese Aktivitäten stärken und den Austausch von Ideen und Vorschlägen zur Verbesserung der Energieeffizienz fördern. Um die Potenziale der Energieeffizienz auch für den Arbeitsmarkt zu aktivieren, wollen wir eine breite Qualifizierungsoffensive starten.



Generell ist das Qualifikationsniveau in den Handwerksbetrieben dank des dualen Ausbildungssystems sehr gut. Betriebe, Berufsschulen und Handwerkskammern sorgen dafür, dass Handwerkern im Rahmen ihrer Aus- und Fortbildung die erforderlichen Qualifikationen vermittelt werden, um für die Energiewende notwendigen Ein- und Umbauten an Gebäuden vornehmen zu können. Die SPD will durch eine Reihe von Maßnahmen die berufliche Aus- und Fortbildung, insbesondere im Handwerk, fördern. So wollen wir zum Beispiel die Ausstattung der Berufsschulen investieren, ein Recht auf Weiterbildung einführen und Gebühren für Techniker- und Meisterkurse abschaffen.



## **DIE LINKE.**

Wir unterstützen eine Qualifizierungsoffensive, um den Bedarf an unabhängigen und qualifizierten Energieberater\*innen zu decken. So sollten zum Schutz der Verbraucher\*innen und Mieter\*innen Energieberater künftig nach einer entsprechenden Ausbildung grundsätzlich zertifiziert werden, und auch nur dann die Bezeichnung tragen dürfen. Hier könnte es verschiedene Stufen geben. Von der jetzt schon bestehenden Zusatzqualifikation für Meister bis hin zum Berufsbild eines eigenständigen Energieberaters. Sicher werden diese Qualifikationen nach Anwendungsgebiet unterschiedlich ausfallen und zertifiziert werden müssen, so etwa nach Gebäude/Industrie/Kleinkunden und Haushalte. Nur dann, wenn Energieberatung gut ausgebildet und unabhängig von Ausführungsfirmen existiert, wird das Berufsbild Akzeptanz finden und erfolgreich wirken können.



Motivationsanstrengungen funktionieren unserer Auffassung nach am besten über das Verstehen von Nachhaltigkeit und Klimawandel. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung zum Bestandteil von Schul- und Grundbildung wird. Um die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung der Vereinten Nationen zu erreichen, ist es erforderlich, entlang der Bildungskette von der Kita bis zur Erwachsenenbildung die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Dies erfordert die Umsetzung der Maßnahmen eines Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung. Qualifizierungsanstrengungen wollen wir von Bundesebene dadurch unterstützen, dass wir uns insgesamt für eine Bildungsoffensive einsetzen, die möglich wird, wenn das Kooperationsverbot im Grundgesetz endlich aufgehoben sein wird.

Die Berufsorientierung muss flächendeckend ausgebaut werden. Mit einem neuen Ganztagsschulprogramm wollen wir die Schulen dabei unterstützen, mehr individuelle Förderung anbieten zu können. Mit einer Ausbildungsgarantie schaffen wir den Übergang von der Schule in die Ausbildung. Die Jugendlichen bekommen konkrete Angebote, die – im Betrieb oder zunächst außerbetrieblich – hin zu einem Kammerabschluss führen. Wir setzen uns für einen Reformpakt für die beruflichen Schulen ein, damit sie die zentralen Herausforderungen der Digitalisierung und der Integration in den nächsten Jahren gemeinsam mit den Betrieben meistern können. Dazu wollen wir fünf Jahre lang jährlich 500 Millionen Euro vom Bund aus einsetzen.

Handwerksordnung und Berufsbildungsgesetz müssen reformiert werden, damit die Digitalisierung der Berufe in Theorie und Praxis der Ausbildungen abgebildet und z.B. die Qualität und Struktur der dualen Studiengänge im betrieblichen Teil sichergestellt wird. Die Arbeitslosenversicherung bauen wir zu einer Arbeitsversicherung um, so dass Veränderungen in einem Berufsbild aufgenommen werden können. Die Aufstiegsfortbildung muss gestärkt werden: Dafür schlagen wir unser Instrument „BildungsZeit Plus“ vor, das mit einem breiteren Ansatz als das „Meister-BAföG“ Menschen den Zugang zum lebenslangen Lernen ermöglicht. Mit einem individuellen Mix aus Zuschuss und Darlehen wird altersunabhängig unterstützt, wer sich im erlernten Beruf weiterbilden oder einen neuen Beruf erlernen will.

Freie  
Demokraten

FDP

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Exzellenzinitiative für die berufliche Bildung ein. Mit Blick auf den bereits vorhandenen Fachkräftemangel, die Demografie und unsere Wettbewerbsfähigkeit, brauchen wir eine Stärkung der Aus- und Weiterbildung. Für den Hochschulbereich gibt es solche Initiativen bereits. Die Hochschulen und Universitäten profitieren nachweislich davon. Das brauchen wir in Deutschland auch für die berufliche Bildung. Denn der Fachkräftemangel und die Herausforderungen für die Wirtschaft in der Zukunft lassen sich nicht alleine durch Hochschulabsolventen lösen. Im Gegenteil: Deutschland braucht mehr Fachkräfte mit einer dualen Lehre, als Fachkräfte mit einer akademischen Vorbildung. Deshalb ist jede Investition in die berufliche Bildung eine Investition in die Zukunft.

Wir Freie Demokraten setzen uns generell für eine Aufwertung und Ausweitung der dualen Ausbildung in Deutschland ein. Heute ist es leider noch Gang und Gäbe, dass Berufsschülerinnen und Berufsschüler einen vollkommen analogen Unterricht erhalten, während sich ihr Arbeitsalltag durchgängig in der digitalen Sphäre abspielt. Zukünftig müssen alle Ausbildungsberufe ausschließlich mit digitalen Medien unterrichtet werden und das Fach Informatik wesentlicher Bestandteil der berufsschulischen Ausbildung sein. Das duale Ausbildungssystem in Deutschland ist Vorbild für politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf der ganzen Welt. Dennoch halten viele ein Hochschulstudium für den einzig richtigen Bildungsweg. Zahlreiche Studien belegen dagegen, dass die Verbindung aus praktischem Arbeiten und theoretischem Lernen für die Auszubildenden effektiv ist und für die Unternehmen genau der richtige Mix aus Wissen und Können. Diese Verbindung und individuelle Förderung trägt weiter zu einer höheren Durchlässigkeit unseres Bildungssystems bei. Wir Freie Demokraten wollen daher unser erfolgreiches berufliches Bildungssystem stärken, zu dem die duale Ausbildung und die Abschlüsse der Höheren Beruflichen Bildung (zum Beispiel: Meister, Fachwirte und Betriebswirte) gehören.

## Impressum

Die Angaben in dieser Veröffentlichung stellen die Meinungen der verfassenden Parteien dar, die Daten wurden mit größter Sorgfalt zusammengestellt. Für die vorliegenden Wahlprüfsteine haben alle Parteien einer Weitergabe zugestimmt, das Werk ist also Copyleft und darf weiterverbreitet und durch Dritte veröffentlicht werden, sofern Berliner ENERGIETAGE als Quelle benannt und der Inhalt sowie die Zusammenstellung der Wahlprüfsteine (inkl. dieser Seite) nicht verändert wird. Ausgenommen davon ist eine kommerzielle Verwendung, welche nur nach vorheriger schriftlicher Erlaubnis durch die Rechteinhaberin gestattet werden kann.

### **Gestaltung und Satz:**

Michael Scheuermann,  
VME Verlag und Medienservice Energie.  
Titelbild mit Material von kartoxjm/fotolia.com

### **Kontakt:**

Berliner ENERGIETAGE  
Energie- und Umwelt-Managementberatung Pöschk (EUMB), Jürgen Pöschk  
Oranienplatz 4, D-10999 Berlin  
USt-ID DE178802803  
Jürgen Pöschk  
Tel.: (030) 2014 308 0, Fax: (030) 2014 308 10  
[poeschk@energietage.de](mailto:poeschk@energietage.de), [@energietage](https://www.energietage.de), [www.energietage.de](http://www.energietage.de)

### **Pressekontakt:**

Robert Volkhausen  
[volkhausen@energietage.de](mailto:volkhausen@energietage.de)  
Tel.: (030) 2014 308 26